

Sonja Kmec

Wissenschaftliche Freiheit ausgestellt

Ein Nachwort zur Ausstellung iLUX und einer Diskussion, die nicht stattgefunden hat

Als Luxemburg 2003 eine landeseigene Universität gründete, regte sich umgehend Kritik: Junge Menschen – so kritisieren viele – sollen im Ausland studieren, raus aus Luxemburg, um ihren Horizont zu erweitern. Es wurde auch auf die Gefahr einer „staatstragenden“ Forschung hingewiesen, die ihren Geldgebern nach dem Munde reden würde und diesen genehme Ergebnisse und Empfehlungen liefern könnte. Das erste Argument wurde dadurch entkräftet, dass viele junge Leute es sich einfach nicht leisten konnten, im Ausland zu studieren, und der prozentuale Anteil von Hochschulabsolventen in Luxemburg im europäischen Vergleich mit am niedrigsten war. Den zweiten Einwand zu widerlegen erweist sich als schwieriger, da dies zum Teil tatsächlich der Erwartungshaltung mancher Staatsverwaltung entsprach. Der Staatsmacht müssen manche Kollegen weiterhin couragiert entgegengetreten, gleichzeitig die Balance im Taktgefühl finden. Im Idealfall „studiert“ und analysiert die Universität ohne zu polemisieren und zu manipulieren: Das ist die berühmte Freiheit von Forschung und Bildung.

„Freiheit“, nicht verstanden als Beliebigkeit, sondern als fundierte Forschung. Dem, oft verinnerlichten, sozialen Druck zu widerstehen ist eine tagtägliche Aufgabe. Die Frage nach einer Alternative zur staatlichen Förderung begleitet die Geschichtswissenschaft seit dem 19. Jahrhundert.

Ob Unternehmen als Auftrag- und Geldgeber mehr Unabhängigkeit in der Forschung zulassen? So wurde rezent dem

Im Idealfall „studiert“ und analysiert die Universität ohne zu polemisieren und zu manipulieren: Das ist die berühmte Freiheit von Forschung und Bildung.

Meinungsforschungsinstitut TNS-Ilres unterstellt, manche Fragestellung im Sinne ihrer Auftraggeber zu biegen.

Als die Uni gegründet wurde, hegten andere Zeitgenossen die Hoffnung, sie würde den kritischen Geist stärken – das Rückgrat der Zivilgesellschaft. Offene Kritik äußerte sich in Luxemburg bis dahin vor allem in der Presse oder im (politischen) Kabarett. Um ein verstärkt öffentliches Gegengewicht zur Staats(all)macht zu bilden, könnte das politische Bewusstsein der Studierenden geschärft werden, gesellschaftskritische Forscher könnten in der Öffentlichkeit Stellung nehmen, ihre Erkenntnisse könnten von den Medien verbreitet und – auf Druck oder nach Überzeugungsarbeit – von Ministerien als Verbesserungsvorschläge aufgenommen werden. Eine eigene Forschung wäre nötig, um festzustellen, ob dieses dreifache Potenzial ausgeschöpft wird. An dieser Stelle kann ich nur einen Erfahrungs-

bericht (als Forscherin, Lehrveranstaltungsleiterin und Studiendirektorin) anbieten.

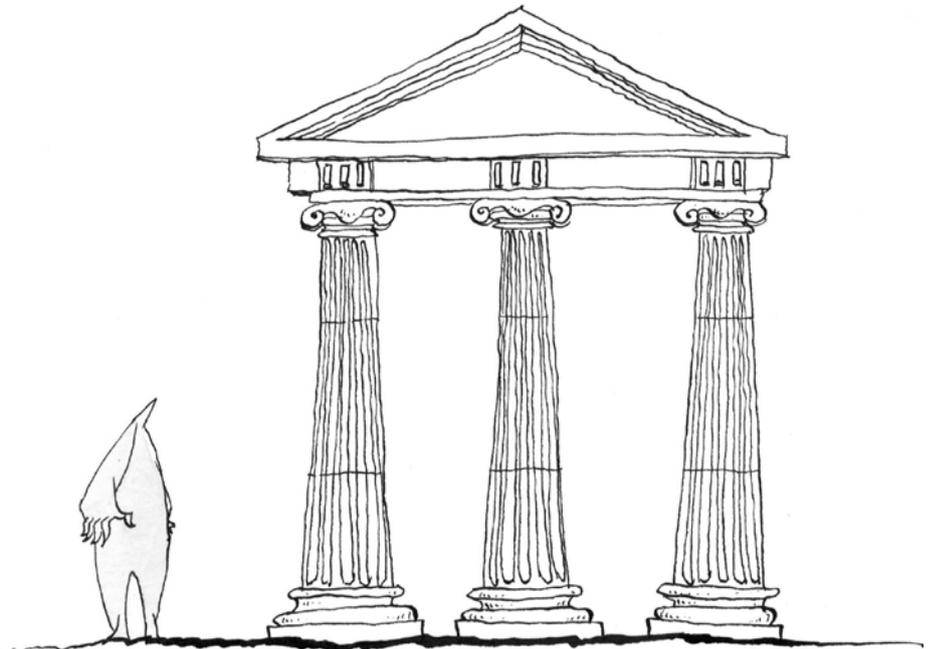
Im Vergleich zu anderen Universitäten, scheinen mir die Studierenden der Uni Luxemburg sehr wenig politisiert zu sein. Allerdings klagen auch im Ausland ältere Kollegen darüber, dass die jüngere Generation lieber vor dem Computer hocke, als auf der Straße zu demonstrieren. Wie subversiv diese Computerkenntnisse eingesetzt werden, ist eine andere – noch offene – Frage. Auf Ebene der Studentenvertretung des Fachs Geschichte kamen allerdings auch kritische Anmerkungen und konstruktive Vorschläge, die weit über das Klischee der studentischen Parkplatznot hinausgingen. Auch in den Seminaren selbst war oft eine Entwicklung zu spüren: weg vom passiven Lernverhalten und schulischem Trichterreflex („Welches Buch müssen wir lesen?“) und hin zu aktivem Wissenserwerb und kritischer Hinterfragung (der Geschichtsschreibung) – inklusive der Lehrveranstaltungsleiterin. Allerdings scheint diese Haltung spätestens dann wieder aufgehoben, wenn sie für den Geschichtslehrer-„Concours“ büffeln, für den sie lediglich Buchwissen wiedergeben müssen.

Gesellschaftskritische Forscher gibt es viele, öffentlich engagierte Bürger darunter allerdings sehr wenige. Meist ist der Grund der schiere Zeitmangel – eine Kon-

sequenz der akademischen Selbstaubeutung (60-Stunden-Wochen sind eher die Regel als die Ausnahme). Dazu gesellt sich wohl auch eine gewisse Desillusionierung, was das tatsächliche Mitspracherecht angeht. In den ersten Jahren an der Uni Luxemburg hatte ich eine Petition (gegen das geplante Centre de rétention) lanciert und mich für die Gründung einer Personalvertretung eingesetzt (deren Mitglied ich vier Jahre lang bis November dieses Jahres war). Auf gewerkschaftlicher und personalpolitischer Ebene war diese Erfahrung sehr ernüchternd – dabei hatte ich keine sozialrevolutionären Anliegen! Die Weichen für die maßgeblichen Entscheidungen werden nicht in den Gremien und Diskussionsrunden gestellt, sondern im kleinsten Kreis, zwischen Rektorat und Hochschulministerium (z. B. die Kürzung der Löhne von Postdoc-Forschern). Beeindruckender war der – angedrohte oder real umgesetzte – gerichtliche Druck, der manche Praktiken rückgängig machte (z. B. die Praxis, Professoren einen dreijährigen befristeten Vertrag als verkappte „Probezeit“ anzubieten). Auch die Macht der Medien, öffentliches Bewusstsein für manche Probleme herzustellen, sollte man nicht unterschätzen. Allerdings war dies nie nachhaltig: War der Medienhype einmal überstanden, wurde weitergemacht wie zuvor. Vielleicht habe ich diese Erfahrung unbewusst auch auf Bürgerinitiativen und NGOs übertragen, deren hehre Kämpfe ich unterstützte, ohne selbst zu viel Zeit zu investieren. Eine Überweisung um das Gewissen zu beruhigen, der ein oder andere Artikel für *forum*: Die Karriere geht vor.

Apropos Karriere. Ganz am Anfang, bei den Premières Assises de l'histoire luxembourgeoise 2006, wurde mir der gute Rat gegeben, meinen Vortrag über noch lebende Historiker zu entschärfen, „sonst kannst du deine Karriere vergessen“. Ich habe mich nicht einschüchtern lassen und versuche auch weiterhin unbequeme Themen wissenschaftlich anzugehen. Mittlerweile erstaunt mich weniger die Kritik, der ich ausgesetzt bin, als der Mangel daran.

Ein Beispiel war die Ausstellung iLUX. Identitäten in Luxemburg, die von Juli 2012 bis Juli 2013 im Musée 3 Eechelen



zu sehen war. Mit der inhaltlichen Konzeption der Ausstellung wurde die Universität vom Kulturministerium beauftragt. Bald stellte sich die Frage nach der politischen Verantwortung. Eine erste Überraschung war die Reaktion der Kulturkommission des Parlaments, der wir das Projekt im Vorfeld präsentierten. Als Kuratoren hatten meine Kollegen und ich uns auf Ablehnung und Verriss eingestellt. Nur Fernand Kartheiser (ADR) wollte wissen, wer denn die politische Verantwortung für die ketzerische Aussage trage: Jeder Mensch habe viele Identitäten. Bevor die Kulturministerin antworten konnte, sprang Claude Adam (Déi Gréng) ein und meinte: „Aber Herr Kartheiser, die Zeiten sind doch vorbei, wo Politik der Forschung diktieren konnte, was ihre Ergebnisse sind“. Octavie Modert konnte dem nur zustimmen und verwies mit Nachdruck auf die „wissenschaftliche Freiheit“.

Schlussendlich war kein Ausstellungsbesucher schockiert. Zumindest in der veröffentlichten Meinung blieben negative Reaktionen aus. Das wunderte uns und wir waren enttäuscht, dass niemand das kritische Potenzial der Ausstellung und des kleinen Films (in vier Sprachversionen) über Luxemburg im 20. Jahrhundert entdeckte, dessen Vorlage wir geliefert hatten. Nur einem aufmerksamen Beobachter

entgingen unsere Kritikpunkte nicht – Fernand Kartheiser. In seiner parlamentarischen Frage an die Kulturministerin fasste er sie wie folgt zusammen!:

„Bei deene Filmer, do si mer eng Rei Saachen opgefällt.

(1) Do gëtt zum Beispill Lëtzebuergesch a Kombinatioun natierlech mat de Bille an dem Text als ‚Exklusiounssprooch‘ duergestallt – méi subtil, wéi ech dat elo maachen. [...]

(2) Da gëtt de Lëtzebuerg erinnerstallt, dass se rassistesch wieren, och ganz subtil, well do gëtt sech beruff op d’Remouen, gëtt gesot, déi d’Asylanten hei causéiert hätten, an dat Asylrecht wier vun de Lëtzebuerg schlecht gesi gewiescht. Neen, Madame, et war just de Mëssbrauch vum Asylrecht, dee schlecht gesi war!

(3) An da gëtt, an dat ass eng ganz seriö Saach [...] praktesch erinnerstallt, d’Verfolgung vun de Judden am Zweete Weltkrich, dat wier eppes anescht wéi déi vun deene jonke Lëtzebuerg, well et gëtt gesot, wou d’Jude verfollegt gi sinn, hätten d’Lëtzebuerg net vill reagiert, mä wou dunn déi jonk Lëtzebuerg hätte missen an d’Wehrmacht goen, du wier reagiert ginn. [...]

An der Ausstellung selwer gëtt et och eng Rei vu ganz komesche Saachen, komesch net am Sënn vu witzeg, mä vun ‚merkwürdig‘,

wou ee sech och muss froen: Wéi ass dat méiglech?

(4) Et gëtt zum Beispill eng Fënster hei gewisen, ech zitieren Iech dat, wou och den Thema Rassismus ugeschwat gëtt: ‚Heutzutage ist das gängige Schönheitsmodell – heescht et an der Ausstellung – ‚jung und schlank, gerade weiße Zähne und weiße Haut. Die Grenzen zwischen Körperkult und Rassismus sind fließend.‘ Et mengt ee bal, wann een dat liest, et kéint net sinn!

(5) An dann och, Är Ausstellung huet eng Referenz op d’Odfreiwung. Och dat schéngt zu den Identitéiten ze gehieren. An do ass déi net méi aktuell – dat wollt ech Iech och soen, Madame Minister –, well an der Odfreiwung, do gëtt moniert: [...] ‚Die Diskriminierung fängt schon vor der Geburt an. Der Schwangerschaftsabbruch ist in Luxemburg nicht allein die Entscheidung der schwangeren Frau.‘ Dat musst Der vläicht korrigéiere goen. [...] Alles dat an enger Ausstellung iwwer Lëtzebuenger Identitéiten an ënnert der politescher Verantwortung vun der CSV! [...] Duerfir meng zwou Froen un d’Madame Minister. Madame Minister, mengt Dir net, déi temporär Ausstellung, déi hätt elo hiren Déngscht laang genuch gemaach a mir sollten eng richteg, eng anstänneg Ausstellung iwwert d’Lëtzebuenger Identitéit dohinnerkréien? Wier et net héich Zäit derfir?“

Die Ministerin reagierte kurz und bündig: „D’Wëssenschaft ass onofhängeg. An d’Kultur ass keng Statskultur hei am Land an ass och domadder eng aner Zort Amëschung wéi dat, wat den Här Kartheiser gären hätt“.

Dem empörten Abgeordneten ging es weniger um inhaltliche Fragen, als um politische Opposition. Statt sie der Ministerin zu stellen, hätte er die Kuratoren damit konfrontieren sollen. Denn die Punkte, die er aufgreift, sind genau jene Themen, die wissenschaftlich umstritten und gesellschaftlich brisant sind. Ein Anliegen der Ausstellung war es, Diskussionen zu provozieren, unter anderem zu folgenden Themen:

Ist die luxemburgische Sprache, die als „Integrationsprache“ gefördert wird, nicht auch eine „Exklusionsprache“?

Aus welchen Gründen werden Asylbewerberheime von manchen Dorfbewohnern abgelehnt? Wie berechtigt sind diese Ängste, wer schürt sie und welche Werte werden gegeneinander ausgespielt (z. B. menschliche Solidarität vs. Sicherheitsbefinden)?

Wie antisemitisch waren die Luxemburger in den 1940er Jahren? Wie solidarisch mit der jüdischen Bevölkerung? Wurde ein Unterschied gemacht zwischen Luxemburger Juden und jüdischen Flüchtlingen aus den nationalsozialistisch besetzten Gebieten?

Was verbindet biologischer Rassismus mit dem stark europäisierten Schönheitsideal, wenn man weiss, dass „in vielen Regionen der Welt dunkelhäutige Menschen versuchen mithilfe von oft giftigen Bleichmitteln, dem ‚weißen Ideal‘ etwas näher zu kommen“?

Was genau besagt das neue Gesetz zur Reform des Schwangerschaftsabbruchs, das am 22. November 2012 gestimmt wurde? Wird der schwangeren Frau als mündige Bürgerin die Entscheidung allein überlas-

sen? Spielt die „Normalität“ des Embryos keine Rolle mehr? Wer entscheidet was „normal“ ist? Die Frage geht weit über medizinische Urteile hinsichtlich des Embryos hinaus und kann auch z. B. auf Homosexualität bezogen werden.

Zum Teil heftige Diskussionen über solche und andere Fragen gab es nicht nur innerhalb der Vorbereitungsgruppen – sei es zum Film (der von imedia produziert wurde) oder zur Ausstellung, sondern auch zwischen Besuchern. So mündeten Führungen durch die Ausstellung mitunter in Kontroversen. Was im Sinne der Ausstellungsmacher war: Wir wollten keine fertigen Antworten anbieten oder Identität stiften, sondern die Fragen erst mal aufwerfen. Zu wünschen wäre, dass auch ausserhalb der Mauern des Museums und des Parlaments Diskussionen zu diesen und anderen Themen stattfänden. Wenn die Uni dazu einen Beitrag leisten kann, hat sie zumindest einen ihrer Aufträge erfüllt. ♦

1 Question n°221 du 19 mars 2013 de M. Fernand Kartheiser relative à l'exposition «iLux, Identitéiten zu Lëtzebuerg», adressée à Mme la Ministre de la Culture

Cover: Making-of

Isabelle Van Driessche est née à Luxembourg en 1959. Architecte et urbaniste, elle fonde son bureau en 1985 à Luxembourg et depuis exerce l'urbanisme en libéral avec son équipe. Elle établit depuis plus de 25 ans, principalement pour les pouvoirs publics, des plans d'aménagement dans un carcan réglementaire toujours plus complexe et contraignant. En 1998 elle obtient le premier prix luxembourgeois d'architecture dans la catégorie « urbanisme » en créant une machine à mesurer les gabarits, allégorie de l'exacerbation réglementaire.

Le dessin, la caricature, le collage, la réalisation d'objets ou de machines incongrues lui offrent depuis toujours une échappatoire aux activités purement professionnelles pour interroger plus librement la place de l'homme dans une société qu'il cherche convulsivement à maîtriser et que trahissent les espaces résiduels.

1980-1984: assistante pour les cours de modèle vivant à l'UPAS • 2001: photos d'espaces résiduels autoroutiers pour l'exposition « Luxembourg, les Luxembourgeois – consensus et passions bridées » au Musée d'Histoire de la Ville de Luxembourg • 2006: objet pour l'exposition « Architektur im Grenzbereich » organisée par la FAI • 2009: objet « rési-dense » dans le carnet d'opinions « Logement » de la FAI. • illustrations caricaturales pour la brochure « Urbanisme et plans d'aménagement communal » du Ministère de l'Intérieur et à la Grande Région.